

The Dissolution and Calling of Parliament. Die Royal Prerogative in historischer Perspektive

Von *Stefan Schieren*, Eichstätt

Einleitung

Am 7. Juli 2022 kündigte der britische Premierminister Boris Johnson an, als Leader of the Party zurückzutreten und das Amt des Premierministers niederlegen zu wollen, sobald die Nachfolge geregelt sei. Nach einer Kette von Affären hatte ihm die eigene Fraktion das Vertrauen entzogen. Stanley Payne berichtet,¹ Johnson habe angesichts der aussichtslosen Lage mit dem Gedanken gespielt, die Königin um die Auflösung des Parlaments zu bitten, um es daran zu hindern, seinen Sturz zu vollziehen. Hätte er sich nicht davon abbringen lassen, hätte er eine Verfassungskrise ausgelöst. Er hätte die greise Königin wenige Wochen vor ihrem Tod dazu gezwungen zu entscheiden, ob sie dem Rat ihres Premierministers entsprechen sollte, oder ob sie diesen in präzedenzloser Weise zurückweisen würde.

Schlaglichtartig wurde deutlich, welch machtvoll Instrument der Machtsicherung dem Premierminister mit dem Auflösungsrecht zur Verfügung steht. Es begründet maßgeblich seine starke Stellung im politischen System des Vereinigten Königreichs. Um dieses Prärogativrecht geht es in dieser Abhandlung.

„The constitution of the United Kingdom lives on, changing from day to day for the constitution is no more and no less than what happens. Everything that happens is constitutional. And if nothing happened that would be constitutional also“.² Wie es für Großbritannien typisch ist, geht es also nicht darum, die Entstehung, Änderung und Anwendung eines Normtextes zu betrachten, sondern um die Ereignisse. An ihnen lässt sich die Entwicklung erkennen, dass der Monarch das Prärogativrecht nur noch formal auf Rat der Regierung ausübte, während es sich zu einem Eckstein der mächtigen Stellung des Premierministers entwickelte. Es versetzte Margaret Thatcher ebenso in die Lage, ihre radikale Politik durchzusetzen, wie es Tony Blair dazu nutzte, einen als „presidential“ bezeichneten Regierungsstil zu etablieren.³ Der Fixed-term Parliaments Act 2011 sollte das korrigieren, endete aber im „Brexit-Blunder“ (Jo Murkens). Am Ende steht eine Neubestimmung der Rechts- und Machtbeziehungen von König, Regierung und Parlament, über deren Bedeutung – recte Griffith – noch keine letztliche Klarheit besteht.

¹ *Payne*, The Fall of Boris Johnson, S. 208 f.

² *Griffith*, The Political Constitution, S. 19.

³ *Schieren*, Großbritannien, S. 85.